

Gleichwertigkeit der Lehrerarbeit anerkennen!

VBE Rheinland-Pfalz Vorreiter der VBE-Initiative „Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen“



Die Landesdelegiertenversammlung bestätigte den Kurs des VBE Rheinland-Pfalz: „Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen – Gerechtigkeit durch Bildung von Anfang an“

Auf der Landesdelegiertenversammlung des VBE Rheinland-Pfalz Anfang Juni in Mainz stellten VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann und der neu gewählte Landesvorsitzende Gerhard Bold klar, dass Lehrerarbeit, gleich an welcher Schulart sie geleistet werde, gleichwertig sei. Die Bezahlung der Lehrer nach Schuhgröße ihrer Schüler sei Politik aus Kaisers Zeiten und dies im 21. Jahrhundert. „Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen!“ – dieses Motto des VBE Rheinland-Pfalz habe inzwischen bundesweit nicht nur die Runde gemacht, es stehe für einen nachhaltigen Impuls, das eingefahrene ständische Denken und vor allem Handeln gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern endlich zu überwinden, sagte der Bundesvorsitzende.

Udo Beckmann dankte dem Landesverband und dessen bisherigem Landesvorsitzenden Johannes Müller: „Sie haben aus dem Grundverständnis des VBE – alle Lehrer sind Lehrer – die Initiative gegen das soziale Ranking im Lehrerberuf entwickelt.“ Noch immer werde uns die Anerkennung auf Gleichwertigkeit unserer Arbeit, ob nun an Grundschulen oder an Schulen der Sekundarstufen, verwehrt. Udo Beckmann forderte Kultusministerin Doris Ahnen auf: „Frau Ministerin, Sie werden uns sicher gleich erklären, warum die Arbeit in Brennpunktgrundschulen weniger wert ist als die in einem kleinen Leistungskurs in der Sekundarstufe II.“ Der VBE-Bundesvorsitzende verwies auf das vom VBE in Auftrag gegebene Rechtsgutachten des Bielefelder Rechtsexperten Professor Christoph Gusy – auch in Mainz Hauptredner –, das Grundgesetz im Hinblick auf eine Gleichstellung der Lehrkräfte abzuklopfen. „Die Kernaussage findet sich im Titel des genannten Rechtsgutachtens: Die Gleichstellung der Lehrkräfte als Verfassungsauftrag“, betonte Udo Beckmann. Ministerin Doris Ahnen entgegnete, sie wisse, dass es ungelöste Gerechtigkeitsfragen gebe. VBE-Landesvorsitzender Gerhard Bold kündigte der Landesregierung in seinem Schlusswort einen juristischen Kampf um die Lehrbesoldung an.



Glückwunsch zur Wahl von Gerhard Bold (3.v.l.) zum Landesvorsitzenden des VBE Rheinland-Pfalz. V.l.: Rolf Busch, Udo Beckmann, Gerhard Brand vom geschäftsführenden Vorstand des VBE Bundesverbandes

Grundgesetz gebietet Beamtenstatus von Lehrern

„Der VBE fordert die grundsätzliche Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern an öffentlichen Schulen.“ Das bekräftigte Bundesvorsitzender Udo Beckmann auf dem 1. Deutschen Schulrechtstag in Berlin. Das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) und das Institut für Bildungsforschung und Bildungsrecht e.V. Bochum begründeten gemeinsam den Deutschen Schulrechtstag und stellten den Auftakt unter das Motto „Zur Rechtsstellung der Lehrkräfte – heute“.

Der VBE-Bundesvorsitzende betonte, Lehrerinnen und Lehrer würden im Sinne des Grundgesetzes Artikel 33 Absatz 4 hoheitsrechtliche Befugnisse ausüben. Er stützte sich dabei auf ein Rechtsgutachten von Professor Wolfram Cremer, Bochum, das der VBE NRW eingeholt hatte. „Bundesländer, die Lehrerinnen und Lehrern den Beamtenstatus verwehren, verhalten sich nicht verfassungskonform“, so Udo Beckmann. Es sei zudem mehr als abenteuerlich, wenn Länder ihre Lehrer in den Angestelltenstatus zwingen und dies mit angeblich niedrigeren Kosten begründen würden. „Lehrerinnen und Lehrer gewährleisten die in Deutschland bestehende Schulpflicht. Ein Rechtsstatus nach Lust und Laune des Länderetats verbietet sich demnach. Die Länder müssen jeder Lehrkraft auf Antrag die Übernahme in das Beamtenverhältnis ermöglichen.“

Mit KMK Fahrplan zur Ermittlung des Lehrkräftebedarfs vereinbart

Auf dem Jahresgespräch der Lehrerorganisationen von dbb und DGB mit dem Präsidium der Kultusministerkonferenz (KMK) am 21. Juni 2012 in Berlin standen insbesondere Probleme des Lehrkräftebedarfs im Mittelpunkt. VBE-Bundesvorsitzender machte klar, dass die vor einem Jahr durch die KMK vorgelegte Lehrkräftebedarfsprognose eine Black Box sei und keine zuverlässigen Aussagen zuließe. Er wandte sich gegen eine Verschleierung des Lehrkräftebedarfs und sprach sich für eine bundesweit differenzierte Prognose über den Bedarf an Lehrkräften aus. Die Lehrerorganisationen vereinbarten mit der KMK, auf der jeweiligen Länderebene Gespräche über den Bedarf aufzunehmen. Ziel ist es, diese 16 Einzelergebnisse zu einer bundesweit differenzierten Lehrkräftebedarfsprognose zusammen zu führen, damit junge Menschen mit Blick auf ihre zukünftige berufliche Laufbahn als Lehrerinnen und Lehrer gezielter beraten werden können.

Hohe Würdigung von Ludwig Eckinger

Dr. Ludwig Eckinger, von 1993 bis 2009 Bundesvorsitzender des VBE und nunmehr Ehrenvorsitzender, wurde im Juni an der Österreichischen Botschaft in Berlin das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich von Botschafter Dr. Ralph Scheide überreicht. Der Botschafter würdigte Ludwig Eckingers Verdienste um die Stärkung des Lehrberufs in der Demokratie. Er habe in besonderem Maße die Entwicklung enger Arbeitskontakte des VBE zu den Partnergewerkschaften Gewerkschaft Öffentlicher Dienst Lehrer (GÖD) in Österreich und Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) in der Schweiz, initiiert. Ludwig Eckinger dankte für die Auszeichnung und bekräftigte, die Bildung eines jeden müsse im Interesse aller liegen. Das sei der Kern des Demokratieverständnisses; das müsse der Kern einer Bildungsrepublik sein. Der Lehrberuf sei ein Beruf mit hohem gesellschaftlichem Wert und die Gesellschaft müsse dies anerkennen. Es komme darauf an, die Profession zu beschreiben, zu schützen und zu stärken.

VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann verband seinen Glückwunsch mit der Erklärung, dass die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen in Österreich und der Schweiz fester Bestandteil der internationalen Arbeit des VBE sei und bleibe. Dies werde u.a. dadurch belegt, dass die neue Führung des VBE mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Schweiz und Österreich bereits zwei weitere gemeinsame Erklärungen habe folgen lassen: 2010 die Zürcher Erklärung zum Lehrermangel und 2012 die Erklärung zum Thema Schulleistungstests.

Seit 2007 stehen VBE, GÖD und LCH in regelmäßigem und engem Erfahrungsaustausch über die Gelingensbedingungen im Bildungsbereich und die Situation der Lehrerinnen und Lehrer. Mit der „Wiener Erklärung“ im November 2008 wandten sich VBE, GÖD und LCH an die Öffentlichkeit des deutschsprachigen Europa und stellten erstmals ein länderübergreifendes Leitbild für den Lehrberuf vor. Mit ihrer gleichzeitigen Forderung, die 600 000 Lehrerinnen und Lehrer der drei Länder, die in den kommenden 15 Jahren in den Ruhestand gehen, hochwertig zu ersetzen, wurde erfolgreich der Handlungsdruck auf die Politik erhöht.



Dr. Ludwig Eckinger (2. v.l.) nach der Auszeichnung im Kreis der Gratulanten (u.l.) Beat W. Zemp (LCH), Dr. Ralph Scheide, Udo Beckmann (VBE), Helmut Skala (GÖD)



Dr. Ludwig Eckinger, VBE-Ehrenvorsitzender; Dr. Ralph Scheide, Österreichischer Botschafter; Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender

Rechtsanspruch auf Kita-Platz für unter Dreijährige verwirklichen

„Mit dem Betreuungsgeld setzt die schwarz-gelbe Koalition selbst die Axt an ihr verkündetes Ziel einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, stellte Jutta Endrusch, Vorsitzende der VBE-Bundesfrauenvertretung, anlässlich der Ersten Lesung des Gesetzes am 14. Juni im Bundestag, die abgesetzt wurde, fest. Sie forderte „die fristgerechte und qualitative Umsetzung des beschlossenen Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für unter Dreijährige“. Mit dem Betreuungsgeld werde das familienfreundliche Kinderförderungsgesetz konterkariert. „Frauen muss die Möglichkeit gegeben werden, sowohl Familie zu gründen als auch am Berufsleben aktiv teilzunehmen. Deshalb ist der quantitative und qualitative Ausbau von Kitas vorrangig“, sagte Jutta Endrusch. Derzeit bestehe allein im Westen ein Mehrbedarf an 14 000 Erzieherinnen. Hinzu kämen zwischen 16 000 bis 27 000 fehlende Tagesmütter bzw. -väter. Der erforderliche Personalbedarf dürfe nicht zu einer Aufweichung bestehender bewährter gesetzlicher Bestimmungen führen, so Endrusch. Die Aufhebung der Akkreditierungspflicht von Fachschulen und -akademien, die Öffnung der Ausbildungsverordnung für die berufsbegleitende Teilzeitausbildung und die Vereinfachung der Zulassungsvoraussetzungen für die Erzieherinnenausbildung führten zu einer Rolle rückwärts in Sachen Qualität der Erzieherinnenausbildung.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE